

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 3

Artikel: Nach dem 26. September
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332753>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

16. JAHRGANG -- NOVEMBER 1936 -- HEFT 3

Nach dem 26. September

Von M a x W e b e r.

Der 26. September stellt einen wichtigen Wendepunkt dar in der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz. Er bildet den Abschluß der bisherigen Krisenpolitik und leitet eine neue Epoche ein, über deren Charakter allerdings vorläufig noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann.

Bald nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929/30 wurde auch in unserem Lande die Parole ausgegeben, die Krise könne nur überwunden werden durch Senkung der Preise und Löhne, da dem Rückgang des Exports und des Fremdenverkehrs, der in der Schweiz zunächst den größten Krisenherd bildete, nur so begegnet werden könne. Diese Krisenbegründung war jedoch insofern falsch, als die Außenwirtschaft nicht wegen zu hoher Preise, sondern infolge der Verminderung der Kaufkraft im Ausland nicht mehr genügend Verdienstmöglichkeiten bot. Erst von 1931/32 an, als die meisten Länder ihre Preise und Löhne (in Gold gerechnet) durch die Abwertung herabgesetzt hatten, und als die Weltwirtschaft im allgemeinen sich wieder etwas erholte, begannen die Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland eine wichtigere Rolle zu spielen.

Der Bundesrat, unterstützt von der Großindustrie und der Finanzwelt, wollte diese Differenzen, die bis zu 30 und mehr Prozent betrugen, durch Abbau der nominellen Preise und Löhne ausgleichen. Und er betrieb diese Deflationspolitik, wenn auch gehemmt durch den Kampf der Arbeiterbewegung und durch die Opposition aus landwirtschaftlichen und Gewerbekreisen, bis zum 26. September 1936.

Die Folgen dieser Deflation waren für unsere Volkswirtschaft katastrophal. Sie lassen sich in folgende Zahlen zusammenfassen, die die Verschlechterung der schweizerischen Wirtschaftslage im ersten Halbjahr 1936, verglichen mit dem ersten Halbjahr 1929, darstellen:

Exportverminderung	65 Prozent
Rückgang der Bautätigkeit	50 »
Abnahme der Beschäftigung in industriellen Betrieben	31 »

Rückgang des Personenverkehrs der SBB.	15 Prozent
Rückgang des Güterverkehrs der SBB.	37 »
Zunahme der Zahl der Arbeitslosen von 9000 auf 98,000	
Verminderung des Volkseinkommens	25—30 »

Infolge dieser bedenklichen Schrumpfung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf allen Gebieten ist auch eine Entwertung des schweizerischen Volksvermögens, das heißt der im Lande vorhandenen Sachgüter um etwa 30 Prozent eingetreten. Die *Abwertung der Wirtschaft* hat sich also im Laufe der letzten 7 Jahre vollzogen, und die Abwertung des Geldes ist nur gewissermaßen als Schlußpunkt und logische Folge dazugekommen.

Der Beschluß des Bundesrates vom 26. September, den Goldkurs des Schweizerfrankens und damit den Wechselkurs mit dem Ausland um 30 Prozent zu senken, hat im Moment an dieser Tatsache nichts geändert. Die Lage der schweizerischen Wirtschaft war am 26. September nachmittags nicht günstiger, aber auch nicht schlechter als am Vormittag, bevor die Abwertung beschlossen war. Dagegen bringt die Kurssenkung des Frankens *Verschiebungen*, die zu einer *Richtungsänderung* der wirtschaftlichen Entwicklung führen können.

In erster Linie wird der weitere Abbau der Preise und Löhne sofort aufgehalten. Absolut ausgeschlossen ist er freilich nicht. Doch er wird höchstens noch in Ausnahmefällen durchgesetzt werden können. Damit ist zwar die Gefahr der Deflation nicht unbedingt ausgeschlossen. Ein Deflationsdruck ist denkbar auch bei steigenden Preisen, wenn die Einkommen sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen und somit ein Verlust an Realeinkommen entsteht.

Aus den Erfahrungen des Auslandes geht immerhin hervor, daß bisher in allen Ländern, die abgewertet haben, die Deflation sehr bald gänzlich zum Stillstand gelangt ist, und daß überall eine entgegengesetzte Entwicklung, also eine Erhöhung der Einkommen allmählich eingetreten ist. Wie rasch und in welchem Ausmaß die wirtschaftliche Erholung und die Erhöhung des Volkseinkommens eintritt, ist in der Hauptsache eine *Frage der Wirtschaftspolitik*. Deshalb wird der künftige wirtschaftspolitische Kurs von entscheidender Bedeutung sein.

Hier müssen wir einsetzen. Natürlich wird von großkapitalistischer Seite auch jetzt noch versucht werden, Deflationspolitik zu treiben, das heißt das Einkommen des arbeitenden Volkes möglichst tief zu halten oder gar noch mehr hinabzudrücken. Dagegen müssen wir mit äußerster Energie den Kampf führen, und wir werden unter den veränderten Verhältnissen das Volk ganz sicher mit uns haben. Die Deflation hat ja auch nach der bisherigen Argumentation der Abbau-politiker, wonach der Anschluß an den Weltmarkt gewonnen werden müsse, jeden Sinn verloren. *Weitere Deflation wäre ein Verbrechen am Schweizervolk.*

Nun wird es nicht so leicht sein, in Zukunft Deflationspolitik zu treiben; denn die Abwertung löst Auftriebskräfte aus, die sich Bahn

zu schaffen suchen. Die größte Gefahr erblicke ich darin, daß eine ganz kurzsichtige staatliche Finanzpolitik getrieben wird. Man hat in der Schweiz eine fast hysterische Angst vor einem Budget, das nicht im Gleichgewicht ist. Dabei ist es ganz sinnlos, Einnahmen und Ausgaben so zu verteilen, daß sie sich jedes Jahr gänzlich ausgleichen. Ein Ausgleich muß natürlich erfolgen, und die Arbeiterschaft hätte zu allerletzt ein Interesse an einer liederlichen Finanzpolitik. Allein, es muß den außerordentlichen Bedürfnissen, wie sie zum Beispiel die Krise schafft, Rechnung getragen werden. Wenn Krieg wäre, würde kein Mensch verlangen, daß alle Ausgaben sofort durch Steuern aufgebracht werden. In der Krise kann das ebensowenig gefordert werden. *Jede Budgetdeflation ist daher abzulehnen.*

Heute besteht die Möglichkeit, die Schweiz aus der Krise herauszubringen. Sie darf nicht dadurch zerschlagen werden, daß man die notwendigen Maßnahmen nicht wagt, weil sie etwas kosten. Das wäre ein kleinlicher Krämergeist, der unser Schweizervolk ein Vielfaches dessen kosten würde, was jetzt erforderlich ist zur Ueberwindung der Krise. Unsere Parole muß deshalb sein:

Jetzt alles einsetzen für den Aufbau der Wirtschaft, alles für die Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Davon hängt das Gelingen des Abwertungsexperimentes ab. Die Wirtschaft schöpft heute neue Hoffnungen. Sie versucht, sich wieder aufzurichten. Doch sie braucht Anregung, Unterstützung, Förderung. Wenn die jetzt bestehenden Möglichkeiten nicht ausgenützt werden, so werden der Mißmut und die Unzufriedenheit, die durch die jahrelange Deflation allgemein verbreitet wurden, die Keime zur Erholung ersticken. Dann hätte die Kurssenkung des Frankens nichts genützt, woran auch eine leichte Steigerung des Exports nichts ändern könnte, da die Inlandwirtschaft wieder in ihre Lethargie zurückfallen würde. Wenn es dagegen gelingt, die Auftriebskräfte richtig auszunützen und die Produktion sowie die Einkommen des arbeitenden Volkes wieder zu erhöhen, dann wird die Abwertung zum Erfolg führen.

Aehnlich steht es mit den Aufgaben auf finanzpolitischem Gebiet. Eine Fortsetzung der Budgetdeflation, die mit Abbaumaßnahmen das Gleichgewicht zu erreichen sucht, müßte die Periode der Defizite ins Endlose fortsetzen. Eine mutige Finanzpolitik, die nicht davor zurückschreckt, jetzt Mittel zur Förderung der Wirtschaft, das heißt für produktive Anlagen, zu verwenden, die nach eingetretener Besserung der Wirtschaftslage leicht zu amortisieren sind, eine solche Politik wird dagegen auch die Staatsfinanzen in verhältnismäßig kurzer Zeit aus der Krise herausbringen.

Schließlich sei hier noch ein offenes Wort an die bisherigen Gegner der Abwertung gerichtet. Es könnte bei einzelnen, ihnen vielleicht ganz unbewußt, sich die Meinung festsetzen, es gelte, nun zu zeigen, daß die Abwertung ein Fehler gewesen sei und zu bedenklichen Folgen führen müsse. Daraus könnte unter Umständen eine Politik des Mißmuts und der Sabotage entstehen, die sich am allerschärfsten gegen die Arbeiterschaft selbst richten müßte. Wir glauben, daß kein verant-

wortungsbewußter Politiker eine solche Taktik einschlagen wird. Es kann sich ja nicht darum handeln, persönlich recht zu bekommen und den andern ins Unrecht zu versetzen, sondern es muß bei aller unserer Arbeit darum gehen, aus der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Lage das Bestmögliche herauszuholen für das arbeitende Volk. Wir konnten uns auch in der Periode des Abbaus der Löhne und Preise nicht damit begnügen, höhnisch festzustellen, wie diese Politik zum Bankrott der Wirtschaft führte, sondern wir mußten uns mit allen Mitteln dagegen wehren und jedes nur mögliche Bollwerk gegen weitere Verschlechterungen aufrichten. Auch heute kann es nur ein Ziel geben für die wirtschafts- und sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterbewegung: eine allgemeine Erholung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen und für das gesamte arbeitende Volk eine Verbesserung seiner Lebenshaltung zu erkämpfen.

Der Streit um die Abwertung

Von H a n s G e r t s c h.

Die Literatur darüber, wie der Ausweg aus den Verstrickungen der Wirtschaftskrise gefunden werden könnte, würde heute, ziemlich genau sieben Jahre nach Einbruch der Weltkatastrophe, einige nicht zu kleine Räume füllen. Dabei handelt es sich aber nur um das *Wie*. Das *Was* steht fest, so lange man im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsgesetzlichkeit bleibt. Von diesem Boden aus ist die Krise nichts anderes als der Rückgang der Profitrate, in katastrophalen Fällen, wie sie im Laufe der letzten Jahre nicht selten waren, ihr vollständiges Verschwinden. Das in der Wirtschaft angelegte Kapital hat einen sehr niedrigen oder gar keinen Ertrag. Das ist die Krise, natürlich nicht ihre Ursache, sondern die Erscheinung selbst. Und der einzige Ausweg aus der Krise besteht, bleibt man auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft, in der Wiederherstellung der Profitrate. Wo kein Profit, raucht kein Schornstein. Es ist eben das Wesensgesetz des Kapitalismus, daß die Sonderinteressen der Kapitalisten zugleich als Interessen der Allgemeinheit auftreten. Die Wiederherstellung des kapitalistischen Profits ist nicht bloß Interesse der Kapitalisten, sondern solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, Voraussetzung des Konjunkturaufstiegs, also Gemeininteresse.

Das vorausgesetzt, bleibt die Frage offen, auf wessen Kosten die Wiederherstellung des kapitalistischen Profits gehen, welche Einkommen gekürzt werden sollen, damit der Profit wiederhergestellt werde. Die beiden Auffassungen, die sich dabei entgegentreten, können als »Deflation« und »Devaluation« zusammengefaßt werden. In der Wirklichkeit sind fast überall Kombinationen dieser beiden Grundtendenzen durchgeführt worden. Immer aber bleibt das Ziel das gleiche: dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern.